
"Neue" Wertpapierdienstleistungsrichtlinie

Seit 1993 die "alte" Wertpapierdienstleistungsrichtlinie erlassen wurde, stehen dem grenzübergreifenden Wertpapierhandel einige Hindernisse im Weg. Dies sind zum Beispiel unzureichend harmonisierte Regeln und der dadurch verursachte bürokratische Aufwand, veraltete Regeln zum Anlegerschutz oder fakultative Vorschriften, die den Wertpapierhäusern unterschiedliche Interpretationen der bestmöglichen Ausführung des Kundenauftrags ermöglichen. Ziel der "neuen" Wertpapierdienstleistungsrichtlinie ist es, die bestehenden Barrieren aus dem Weg zu räumen. Die Richtlinie umfasst die folgenden Kernpunkte: Eine wichtige Säule des Anlegerschutzes sind die Wohlverhaltensregeln. Diese umfassen u.a. die adäquate Kundeninformation, die auch in standardisierter Form erfolgen kann. Künftig wird nur bei beratenden Geschäften ein Eignungstest (Einholung von Angaben über Kenntnisse und Erfahrungen im Anlagebereich, Anlageziele, Finanzlage des Kunden) verlangt, bei nicht beratenden Geschäften soll dieser unterbleiben. Weiters sollen die Wertpapierhäuser verpflichtet werden, den Kunden in Bezug auf Kurs, Kosten, Schnelligkeit und Wahrscheinlichkeit der Ausführung die bestmöglichen Ergebnisse zu garantieren. Ein Level Playing Field zwischen Börsen und anderen Marktteilnehmern meint die Schaffung eines funktionierenden Wettbewerbs zwischen den "Internalisierern" und dem regulierten Markt. Der Anlegerschutz sowie die Beseitigung der Gefahr des Liquiditätsabzugs von der Börse soll durch umfassende Transparenz garantiert werden. Mit einem erfolgreichen Abschluss der in 1. Lesung befindlichen "neuen" Wertpapierdienstleistungsrichtlinie im EP kann im September gerechnet werden.

Verbraucherkreditrichtlinie

Durch die im Richtlinienentwurf enthaltenen Änderungen zeichnet sich eine erhebliche Verschärfung des Verbraucherschutzes ab. Im Mittelpunkt des neuen Vorschlags steht die Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf unterschiedlichste Formen des Verbraucherkredits: Darlehen, Mietkauf, Überziehungskredite, langfristige Kredite zu kurzfristigen Zinssätzen und Finanzierungsleasing in beliebiger Höhe sowie Bürgschaften sollen in den Katalog aufgenommen werden. Zusätzlich trifft die Kreditgeber in Zukunft eine umfassende Auskunfts- und Informationspflicht. Außerdem müssen sie sich künftig über die Bonität ihrer Kunden intensiv informieren, ehe sie Kredite vergeben, die unter diese Regelung fallen. Aufgrund dieser und weiterer Bestimmungen würde die Kreditvergabe insgesamt teurer und bürokratischer werden, worunter insbesondere sozial schwächer gestellte Bürger zu leiden hätten. Unter Druck des EP hat die Kommission deshalb den Vorschlag über den Sommer überarbeitet. Dieser wird dem EP im Oktober vorliegen und die Basis für weitere Diskussionen darstellen. Um alle von der Richtlinie betroffenen Kreise über die neuen Entwicklungen zu informieren und diese zu erörtern, findet am 15. September 2003 eine Experten-Anhörung in der WKÖ in Wien statt, an der u.a. Berichterstatter Joachim Würmeling und Othmar Karas teilnehmen werden.

Schweden zum Euro

Der Premierminister Schwedens, Göran Persson, gab eine Erklärung ab, in der er davor warnte, dass falls das „Nein“ bei der Volksabstimmung vom 14. September über den Beitritt Schwedens zum Euro überwiegt, es vor den Wahlen von 2010 keine erneute Volksabstimmung zum Euro geben werde. Dabei könnte der Beitritt zur Eurozone erst in drei Jahren Wirklichkeit werden.

Laut dem Nationalen Konjunkturinstitut könnte Schwedens BIP, im Falle, dass das Land beschließt, sich der Eurozone anzuschließen, um 2,5% im Jahr 2004 und um 2,7% im Jahr 2005 steigen (nach 1,3% im Jahr 2003). Grund dafür ist insbesondere das schwächere Niveau der Zinssätze in den zwölf Mitgliedstaaten, die sich der Einheitswährung angeschlossen haben. Wenn die Schweden bei der Volksabstimmung vom 14. September beschließen, sich nicht der Eurozone anzugliedern, würde das Wachstum im Jahr 2004 und im Jahr 2005 2,3% betragen. Weitere erwartete Vorteile im Falle eines Beitritts Schwedens zum Euro sind die Erhöhung der Binnennachfrage (dank eines Rückgangs der Zinsen), des privaten Verbrauchs und der Ausfuhren.